

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtbericht: Nachrichten Dresden
Verlagsnummer: 25541
Ausg. Nr. 468 (Jahrgang Nr. 20012)
Schlüsselnummer u. Hauptbuchstaben:
Dresden - N. L. Westendstraße 28/30

Verlagspreis: Bei Abnahme von 100 Exemplaren monatlich 2,40 Mk. (einzelständig 20 Pf. für
Einzelnummern), durch Verlangung 2,40 Mk. einschließlich 20 Pf. Postgebühr (ohne Postzusatzgebühren)
bei 1000 Exemplaren monatlich 24,00 Mk., einschließlich 20 Pf. Postgebühr (ohne Postzusatzgebühren)
Verlagspreis: Bei Abnahme von 100 Exemplaren monatlich 2,40 Mk. (einzelständig 20 Pf. für
Einzelnummern), durch Verlangung 2,40 Mk. einschließlich 20 Pf. Postgebühr (ohne Postzusatzgebühren)
bei 1000 Exemplaren monatlich 24,00 Mk., einschließlich 20 Pf. Postgebühr (ohne Postzusatzgebühren)

Druck u. Verlag: Biesch & Reichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1088
Verlag: Biesch & Reichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1088
Verlag: Biesch & Reichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1088

KONDITOREI Limberg
Prager Straße 10

Das angenehme Tages-Café
Spez.: Vorzügliche Kaffeekekuchen
Reiche Auswahl in Zeitungen

Otto Birkner, Meißen
Möbel • Innenausbau
aus eigenen Werkstätten

Beste Empfehlungen Ruf 2940

Limbäcker
Johann-Georgen-Allee 8 Fernspr. 13777

Anerkannt gute preiswerte
Weine und Küche

Hartes Urteil gegen die Ulmer Offiziere

1 1/2 Jahre Festung und Dienstentlassung

Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“

Leipzig, 4. Okt. Die Urteilsverkündung im Prozeß gegen die Ulmer Reichswehroffiziere wurde von einer erregten Zuhöreremenge schon seit 9 Uhr erwartet. Der große Verhandlungssaal des Reichsgerichts ist bis auf den letzten Platz besetzt. Um 10,20 Uhr trat der Senat zur Urteilsverkündung ein. Der Vorsitzende, Reichsgerichtsrat Dr. Baumgarten, verkündete folgendes Urteil:

Die Angeklagten werden wegen gemeinschaftlicher Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens nach § 86 des Strafgesetzbuches je zu einer Festungshaft von 1 Jahr und 6 Monaten kostenpflichtig verurteilt. Auf die erkannten Strafen werden je 6 Monate 3 Wochen der Untersuchungshaft angerechnet. Scheringer wird von der in der Hauptverhandlung erhobenen Anklage, durch Veröffentlichung eines Zeitungsaufsatzes ein Vergehen gegen § 92 des Militärstrafgesetzbuches begangen zu haben, freigesprochen. Gegen Scheringer und Rudin wird auf Dienstentlassung erkannt.

Vor dem Reichsgericht hatten sich große Massen von Hileranhängern eingefunden, deren in Art eines Sprechchors taftmäßig ausgekohlene Protestrufe auch im Saal hart vernehmbar waren, so daß die Verkündung der Urteilsbegründung dadurch erheblich gestört wurde. Schließlich nahmen die Kundgebungen einen solchen Umfang an, daß berittene Polizei eingreifen und die Menge in die Seitenstraßen abdrängen mußte. Die zahlreichen, im Zuhörerraum anwesenden Nationalsozialisten demonstrierten während der Verkündung des Urteils durch stummes Händereheben für die Angeklagten. Vom Vorsitzenden werden diese Kundgebungen scharf gerügt. Während der ganzen Dauer der Begründung sind vom Reichsgerichtssaal herauf laute Kundgebungen hörbar.

Urteilsbegründung auf Seite 3

Youngdämmerung

Seit den deutschen Wahlen geht ein schneidend frischer Wind durch die muffigen Räume der Versailler Welt. Kriegsräuberische Speker in Paris wollen es zwar nicht wahrhaben und schlagen verärgert die Fenster zu. Briand, der doppelgängige Friedensapostel, wird ausgepöfeln, obwohl er sich doch in Genf wieder einmal zum hundertprozentigen Völkercarismus durchgemauert hat, und „der große Votfringer“, der Mann des Ruhrstreikbruchs, bereitet sich vor, seinen Plakhalter Tardieu abzulösen. Bei dem geheimnisumwobenen Frühstück in Bar-le-Duc, wo Tardieu, der Ministerpräsident, und Maginot, der Kriegsminister, im traulichen Tête-à-Tête mit Poincaré tafelten, soll das Komplott gegen Briand geschmiedet worden sein. An Stelle seiner Gefühlsdusele soll wieder der trockene Ton des Advokaten treten, der die heiligsten Verträge in Buchstaben zerpalte und jedes J-Tüpfelchen davon mit Klauen und Zähnen verteidigt. So will man in Paris den Hiterrecht bannen und den — wie man allen Ernstes glaubt — durch Briands Nachgiebigkeit übermütig gemordeten Deutschen Mores lehren. Welch sonderbare Irrwege doch manchmal die vielgerühmte Logik der Franzosen geht! Das allgeringste Verständnis für die deutsche Volksseele müßte ihnen sagen, daß es gerade die mangelnde Nachgiebigkeit der Briand'schen Politik gegen Deutschland, sein hinterhältiges Kap- und Maulspiel mit einem unterdrückten und ausgepowerten Volk war, das in seinem Ergebnis zu den deutschen Protestwahlen geführt hat. Und es ist ganz selbstverständlich, daß die Umkehr von den Methoden der verschleierten zu denen der brutalen Gewalt, die Ablösung des listenreichen Ohysseus durch den blindwütigen Ajax, den Auftrieb des nationalen Widerstandes in Deutschland nur beschleunigen kann. Jetzt, wo es auch dem kleinen Mann in Deutschland allmählich aufdämmert, daß sein persönliches Schicksal, der Arbeitsmangel, das Elend seiner Familie, die Knechtschaft seiner Kinder durch tausend Fäden mit der Außenpolitik und mit den Tributverträgen im besonderen verwoben sind, in diesem Augenblick, da sich das deutsche Volk auf seine Kraft besinnt und nach Gerechtigkeit verlangt, ist es zu spät, als daß die mächtig sich aufbäumende deutsche Freiheitsbewegung durch einen Regiewechsel in Paris gedämpft werden könnte. Unferwegen brauchen sich die Franzosen wirklich nicht in die Unkosten einer inneren Krise zu kürzen. Und wenn sie es doch nicht lassen können, dann soll uns das nur ein Beweis mehr sein, daß wir auf dem rechten Weg sind.

Es ist erkannt, was diese von dem deutschen Wahlausfall ausgehende Angstschole im Lager der europäischen Ruchnieder von Versailles schon für Früchte zeitigt. Mühen wir es, trotz der schlimmernden Behr und der starken Worte, nicht zum mindesten als ein Zeichen der moralischen Schwäche Frankreichs anzulegen, daß der Einzug von 200 Versailles- und Younggegnern in den Deutschen Reichstag genügt, um die jahrelange mit Zähigkeit verteidigten französischen Stellungen gegenüber Italien zu erschüttern? Kurz nach dem Scheitern der französisch-italienischen Flottenverhandlungen in Genf hört man jetzt, daß man sich in Paris bemüht, den Italienern eine große Anleihe aufzubringen. Wenn dieses Spiel mit den fibernen Augen gelungen ist, dann soll der ganze zwischen Paris und Rom umstrittene Fragenkomplex in einer einzigen großen Aussprache aufgerollt und bereinigt werden. Die grimmigsten Faschistenfresser in Paris haben plötzlich wieder ihr warmes Herz für „die lateinische Schwelbarnation“ entdeckt, sie winken mit den Möglichkeiten industrieller Zusammenarbeit, mit Zugeständnissen in Tunis und anderen Vorkiefern mehr. Und das hat alles mit seinen Schreden das Wahngelbde einer deutsch-italienischen Allianz getan, und das sympathische Echo, das der deutsche Wahlausfall mit seinem entscheidenden Willen zur Revision der Verträge in der italienischen Presse gefunden hat. Dämlich gliokiert der „Vorwärts“ diese Entwicklung dahin, daß Dittler mit seinen außenpolitischen Ideen zunächst einmal die Geschäfte seines großen Vorbildes Mussolini besorgt habe. „Das deutsche Volk“, meint das sozialistische Hauptorgan, „wird lange warten können, bis Mussolini wieder von der Revision der Friedensverträge“ sprechen wird, sobald er seine französische Anleihe in der Tasche und die geforderten Konzessionen in Tunis in sicherer Aussicht hat.“ Das ist so richtig sozialdemokratische Politik aus der Froshperspektive. Als ob Mussolinis Ziele nicht weitergingen und er, gleich unseren verpöckelten SPD-Bongen, nur an die dicken Geldsäcke dächte. Von der Franzosenanleihe bis zur Verwirklichung des faschistischen Weltbildes ist noch ein weiter Weg, und er ist mit manchen politischen Möglichkeiten — vielleicht auch für Deutschland — gepflastert, von denen sich die sozialistische Schulweisheit nichts träumen läßt. Wenn Italien imstande ist, dank des deutschen Rückhaltes Frankreich Zugeständnisse

Die Linke will den Rechtsblock verhindern

Das Berliner Echo der sozialistischen Entschlieung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 4. Okt. Der Kommentar, den der sozialdemokratische „Vorwärts“ heute zu dem gestrigen Fraktionsbeschluss der Sozialdemokraten veröffentlicht, beschäftigt in vollem Umfang die politischen Darlegungen, die wir bereits gestern mit der sozialistischen Rundgebung verbunden. Ausdrücklich wird im „Vorwärts“ unterstrichen, daß die Sozialdemokratie „erlaubt hat den Ausweg aus der Krise suche“. Man sieht also, daß die Linke bestrebt ist, alles zu tun, um die Bildung eines Rechtsblocks zu verhindern.

und dem Kabinett Brüning eine parlamentarische Basis zu sichern. Nichts würde der Sozialdemokratie peinlicher sein, als wenn das Zentrum gezwungen wäre, nach rechts Anschluss zu suchen. Sie scheint deshalb bereit zu sein, so viel wie möglich innenpolitisch zu schließen, gleichgültig ob die Punkte der Brüning'schen Vorschläge mit dem sozialistischen Parteiprogramm übereinstimmen oder nicht.

Selbstverständlich wird die sozialdemokratische Schwankung in der demokratischen Presse aufrichtig begrüßt. Man erkennt aus den Kommentaren der „Völkischen Zeitung“ und des „F.T.“ deutlich genug, wie tiefen Kreisen ein Stein vom Herzen gefallen ist, weil nun

die Aussichten auf ein Rechtsbündnis des Zentrums erheblich gemindert sind.

Das Blatt des Reichstages, die „Germania“, verhält sich zunächst noch etwas abwartend, stellt aber mit Gewissheit fest, daß die sozialdemokratische Rundgebung wohlwollend sei, und daß durch sie nichts verbaut werde. Je mehr die Sozialdemokratie mit ihren Rundgebungen aber an das

Kabinett Brüning heranrückt, um so mehr sucht sich die Rechte von ihm zu distanzieren.

Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“, die Schiele naheheftig, veröffentlicht einen sehr skeptisch gehaltenen Artikel über das Brüning'sche Sanierungsprogramm, in dem sie vor allem feststellt, daß

das Kabinett sich nicht habe zu dem Entschluß aufzukaufen können, die allerdringlichsten Aufgaben müßig anzupacken, d. h. eine öffentliche Erklärung dahin abzugeben, daß die Tributzahlungen in dem jetzt bestehenden Umfang nicht aufrechterhalten werden können.

Diese Frage habe bedauerlicherweise eine absolut negative Antwort gefunden.

Die „D.N.Z.“ charakterisiert die sozialdemokratische Antwort dahin, daß die Sozialdemokratie einen sanften Wechsel gefordert habe und offenbar eine Politik der offenen Tür plane. Allerdings macht das Blatt einige Fragezeichen hinter verschleierte Punkte der sozialdemokratischen Entschlieung.

Die „Berliner Börzenzeitung“ spricht von sozialdemokratischen Drohungen und umreißt die Situation dahingehend, daß die Sozialdemokratie das Kabinett Brüning zwingen wolle, gewisse Forderungen zu schließen, und daß sie andererseits entschlossen sei, in die Opposition zu gehen, wenn Brüning nicht nach ihrer Pfeife tanze.

Die „Deutsche Zeitung“ meint, daß mit der gestrigen sozialdemokratischen Entschlieung

„Brüning's rote Hilfe im Anmarsch sei“.

Das Organ Eugenbergs, der „Lokalanzeiger“, erklärt, der sozialdemokratische Fraktionsbeschluss sei nicht Fisch und sei nicht Fleisch. Man merke deutlich, daß die Sozialdemokraten verlegen seien. Die Fraktion habe sich vorläufig alle Wege offen gelassen. Das Blatt schließt mit der Frage, ob man am Ende doch schweigend Brüning dulden werde.

Die bürgerlichen Parteien Sachsen zur Regierungsbildung

In der heutigen Sitzung der bürgerlichen Fraktionen des Sächsischen Landtages nahm man Kenntnis von der absehenden Haltung der Demokraten und der Volksnationalen Reichsvereinigungen, den Nationalsozialisten das Innenministerium zu übertragen. Man fand die in der Presse veröffentlichten Gründe der Volksnationalen für um so weniger stichhaltig, als von keiner Seite die Absicht besteht, die Macht im Staate, die Polizei, einseitig in die Hände der Nationalsozialisten zu spielen. Das ist um so mehr ausgeschlossen, als der Ministerpräsident die Richtlinien der Politik bestimmt und die Besetzung der höheren Stellen bei der Polizei bis herab zu den Polizeidirektoren vom Gesamtmittelratum erfolgt. Auch bietet die grundsätzliche Einigung der Parteien auf Ausschluß aller ungenügend vorbereiteten, lediglich auf das Parteibuch gestützten Beamten

eine Gewähr gegen eine einseitige Durchsetzung der sächsischen Polizei durch die Nationalsozialisten. Dieser Standpunkt der vereinigten bürgerlichen Parteien soll den Volksnationalen in einem gemeinsamen Schreiben mitgeteilt werden.

Die Deutsche Volkspartei gab die Erklärung ab, daß sie grundsätzlich gegen die Besetzung des Innenministeriums mit einem Nationalsozialisten keine Einwendungen zu erheben habe. Für ihre endgültige Zustimmung erhebt sie allerdings gewisse Vorbedingungen, über die sie bis zur nächsten Landtagssitzung mit den Nationalsozialisten zu einer Einigung zu gelangen erwartet.

Der Interfraktionelle Ausschuß wird am nächsten Montag die Frage weiterbehandeln.

Mit diesen Beschlüssen ist die Entwicklung zwar in positivem Sinne gefördert, aber noch keineswegs geklärt, weil die Bildung einer Regierung mit Einschluß der Nationalsozialisten nach wie vor von dem zustimmenden Votum der Demokraten und Volksnationalen abhängig bleibt.